



Ausgabe Februar 2024

SVP konkret

Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern | www.svp-lu.ch

LIEBE LESERINNEN UND LESER



Wir befinden uns in unsicheren Zeiten. Traditionsunternehmen wie beispielsweise die Migros-Genossenschaft gehen neue Wege, indem Teile verkauft werden. Ein Stellenabbau könnte stattfinden. Die Luzerner Kantonalbank erzielt einen noch nie dagewesenen Gewinn. Die Berichterstattung über Kriege beherrscht den Alltag. Gewinne und Verluste, Freud und Leid stehen nahe beieinander. Unser tägliches Leben wird davon beeinflusst und

doch macht es den Anschein, als ob diese Geschehnisse unbeachtet an uns abprallen. Man gewöhnt sich an Dinge, wenn man nicht selbst davon betroffen ist. Finanzielle Auswirkungen, ob positiv oder negativ, müssen von der Bevölkerung getragen werden. Was passiert, wenn unsere Kassen immer mehr strapaziert werden? Ein Blick auf die Bundesfinanzen zeigt, dass die Schulden von einst in den 90er-Jahren Jahren bis ins Jahr 2027 um das 4,6-Fache ansteigen werden, nämlich auf 140 Milliarden Franken. Das Budget vom Bund für das Jahr 2024 sieht fast 90 Milliarden Franken Ausgaben vor. Ein Drittel wird für die Soziale Wohlfahrt ausgegeben. Die Landwirtschaft, welche unsere Ernährungssicherheit gewährleisten sollte, erhält etwa 3,6 Milliarden Franken und für Beziehungen zum Ausland sind 3,7 Milliarden Franken veranschlagt.

Im Kanton Luzern hat die 1. Beratung der Steuergesetzrevision 2025 stattgefunden. Private und Unternehmen sollen gleicher-

«Jede Staatsebene tut gut daran, in erster Linie für den sozialen Frieden im eigenen Land zu sorgen!»

Angela Lüthold-Sidler,
Kantonalpräsidentin SVP Kanton Luzern

massen steuerlich entlastet werden. Um Entlastungen möglich zu machen und Ausgaben in dieser hohen Masse zu bewältigen, braucht es Einnahmen. Einnahmen aus Steuern und Abgaben. Brechen die Einnahmen aus irgendwelchen Gründen ein, ist es schwierig, dem Steuerzahler zu erklären, dass allenfalls Leistungen abgebaut oder Steuern erhöht werden müssen.

Am 3. März stimmen wir über drei wichtige Vorlagen ab. Insbesondere sind die Abstimmungen über die Renteninitiativen für die Zukunft wegweisend. Entscheidend sollte aber auch sein, ob immer

Fortsetzung auf Seite 2

FINDUNGSKOMMISSION DREI BEWERBUNGEN UM DAS SVP-PRÄSIDIUM

Am 2. Februar 2024 traf sich die Findungskommission für die Nachfolge von Parteipräsidentin Angela Lüthold-Sidler, um die nächsten Schritte zu planen. Bis Ende Januar waren drei Bewerbungen eingegangen, nachdem die Kommission die Wahlkreise aufgerufen und potenzielle Kandidaten angesprochen hatte.

Als Nächstes werden die Bewerber zu Einzelgesprächen eingeladen, um ihre Motivation für die Position des Parteipräsidenten zu ergründen. Diese Gespräche sollen Ende Februar oder Anfang März stattfinden. In einem nächsten Schritt wird die Findungskommission der Parteileitung einen Vorschlag unterbreiten.



mehr Gelder an das Ausland fließen müssen? Oder ob wir dafür nicht Bedarf in der Schweiz hätten. Jede Staatsebene tut gut daran, in erster Linie für den sozialen Frieden im eigenen Land zu sorgen.

Um alle Forderungen an Bund und Staat erfüllen zu können, müssen Einnahmen fließen. Wir brauchen Unternehmen, welche wertschöpfende Arbeitsplätze

schaffen. Dafür wiederum muss der nötige Raum zur Verfügung gestellt werden, was im direkten Widerspruch zu unserer politischen Raumpolitik steht.

Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Einnahmen und Ausgaben gleichermaßen fließen, dass der Staat nicht zu einem Selbstbedienungsladen verkommt und nicht

mehr ausgegeben wird als eingenommen.

Sie, liebe Leserinnen und Leser, haben es in der Hand. Gehen Sie am 3. März an die Urne und treffen Sie Ihre Entscheidung. Wählen Sie am 28. April die kommunalen Vertreter, die für unser Land und unsere Bevölkerung eintreten und unsere Werte und Traditionen erhalten.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN BESSERES LEBEN IM ALTER»

Darum geht es

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fordert mit seiner Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter» eine Erhöhung der AHV-Rente. Die Volksabstimmung findet am 3. März statt. Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments empfehlen, die Initiative abzulehnen.

«Für alles habt ihr Geld – nur nicht für uns!»

Über 3,5 Milliarden Franken jährlich für die Entwicklungshilfe, 4 Milliarden für Asylmigranten, welche keine Aufenthaltsberechtigung in der Schweiz haben, Kohäsionsmilliarden, Solidaritätsmilliarden für den Frieden, Milliarden für einen Wiederaufbau von Kriegsgebieten und die Modernisierung von Infrastrukturen in der Ukraine. Rettungsschirme für die Axpo und die CS – für 5 Franken mehr Rente im Tag hat die Schweiz einmal mehr kein Geld!

«Die Rente ist nicht mehr die, welche man uns versprochen hatte, hört man von vielen Rentnerinnen und Rentnern.»

Es haben alle jedes Verständnis, wenn sich der Schweizer Bürger über die Politik ärgert und sich im Stich gelassen fühlt. Die oft zitierten Ergänzungsleistungen sind für viele Rentnerinnen und Rentner aus verschiedenen Gründen keine Alternative. Oft werden diese Ergänzungsleistungen von der nächsten Generation im

Erbfall gar geschuldet. Das hat die Politik leider noch nicht verstanden.

Trotzdem eine Ablehnung der Rentenerhöhung!

Die Rentenversicherung soll auch für weitere Generationen finanziell auf gesunden Beinen stehen. Bei dieser Initiative ist dieses Sozialwerk in Gefahr. Eine Finanzierung dieser Rentenerhöhung ist im Initiativ-Text nicht geklärt. Die arbeitende Bevölkerung müsste wohl mit weiteren Lohnabzügen und die gesamte Bevölkerung mit einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer rechnen. Mit diesen Massnahmen werden Herr und Frau Schweizer schlussendlich nicht mehr, sondern weniger Geld zur Verfügung haben.

Vorschlag der SVP

In einem Schreiben an die Delegierten der SVP Schweiz schlägt Parteipräsident Marco Chiesa folgende Alternative vor:

«Auf die AHV-Rente keine Steuern mehr erheben. Die Rentner hätten dadurch ungefähr gleich viel Geld zur Verfügung, wie bei einer 13. AHV-Rente – allerdings ohne Mehrkosten und Steuererhöhungen.»

bleibt die Frage: Wer garantiert den vielen Rentnerinnen und Rentnern, dass sie nicht zwischen Stuhl und Bank fallen. Die SVP hat mit Bestimmtheit verpasst, rechtzeitig diesen Gegenvorschlag einzureichen. Dann nämlich hätten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der



Urne eine echte Wahl gehabt. Ob bei einer Ablehnung tatsächlich die Steuerbefreiung der AHV-Rente eine parlamentarische Mehrheit findet, ist mehr als fraglich.

«Eine 13. Rente bekommt man nicht gratis. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und ein Lohnabzug in der Höhe von 10% wären die Konsequenzen, sind sich die bürgerlichen Parlamentarier einig.»



RENTENINITIATIVE

Darum geht es

Kern der Initiative ist es, das Rentenalter von Frauen und Männern schrittweise um zwei Monate pro Jahr zu erhöhen, um 2033 das Rentenalter 66 zu erreichen. Ab diesem Zeitpunkt soll das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden.

Diese Renteninitiative schafft Unsicherheit in der Bevölkerung

Die automatische jährliche Anpassung des Rentenalters generiert Unsicherheit bei den Arbeitnehmenden und einen massiven administrativen Aufwand. Weder der Bundesrat noch das Parlament oder die Bevölkerung hätten bei der Festsetzung des Rentenalters ein Mitspracherecht.

Die Initiative wird kritisiert, weil sie womöglich zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit bei der Verteilung der AHV führen könnte. Personen mit niedrigeren Qualifikationen haben oft eine kürzere Lebenserwartung und eine schlechtere Gesundheit im Alter. Daher wird argumentiert, dass das Rentenalter nicht nur auf der Lebenserwartung basieren sollte, sondern auch die Anzahl gesunder Jahre im Ruhestand berücksichtigen muss.

Die Renteninitiative wird vor allem den Mittelstand und die Einkommensschwachen belasten, ohne die Finanzierung der AHV wesentlich zu verbessern. Finanziell besser gestellte Personen werden sich frühpensionieren lassen. Im Gegensatz

dazu werden Normalverdiener und Geringverdiener die negativen Auswirkungen der Renteninitiative spüren können und unabhängig von ihrem Gesundheitszustand länger arbeiten müssen.

«Die AHV ist ein Generationenvertrag. Nur – den Babyboomern erzählte man 40 Jahre lang, die junge Generation arbeite für die alte Generation. Heute heisst es, die alte Generation verzichtet auf mehr Rente und arbeitet länger zugunsten der jungen Generation!»

Lebenserwartung 1948: ca. 67 Jahre – Lebenserwartung 2024: ca. 80 Jahre

Die steigende Lebenserwartung ist ein Argument für die Renteninitiative. Durch längeren Rentenanspruch müssen Renten länger ausreichen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Eine Anpassung der Renten an diese Realität ist daher notwendig, um die finanzielle Stabilität im Alter zu gewährleisten und Altersarmut zu bekämpfen.

Ein weiteres wichtiges Argument für die Renteninitiative ist die Sicherung der AHV für die junge Generation. Indem die Renten an die steigende Lebenserwartung angepasst werden, wird die langfristige finanzielle Stabilität der AHV gewährleistet. Dadurch wird sichergestellt, dass auch zukünftige Generationen von einem stabilen und ausreichenden Rentensystem profitieren können.



KANTONALE ABSTIMMUNG GESAMTSANIERUNG AUSBILDUNGSZENTRUM SEMPACH

Darum geht es

Der Kanton betreibt in Sempach ein Ausbildungszentrum für den Zivilschutz. Es dient primär als Ausbildungsstandort, ferner auch als Einsatz- und Führungsstandort. Das Ausbildungszentrum Sempach umfasst aktuell ein Instruktionsgebäude, ein Verwaltungsgebäude, den «Pavillon», die technische «Ausbildungsbaracke» sowie ein angrenzendes Übungsgelände.

Eine Investition, die sich lohnt, für Leute, welche für unsere Sicherheit einstehen. Ein 30-Mio.-Kredit vom Volk ist unbestritten und wird von allen Parteien unterstützt.



DELEGIERTENVERSAMMLUNG SVP KANTON LUZERN

Heisse Gefechte bei der Rentenfrage zwischen Gewerkschaft und Politik.

Nationalrat Franz Grüter und Generalsekretär SGB Schweiz, Dr. Daniel Lampart,

lieferten sich schon vor der eigentlichen Debatte hitzige Wortgefechte.

Zur 13. AHV-Rente

« Wir von der Gewerkschaft erhalten täglich Briefe, weil die Rente nicht mehr zum Leben reicht! Fr. 3500.– hat die Rentnerin und der Rentner im Durchschnitt in der Schweiz zum Leben. Das trotz guter Ausbildung und das trotz lückenlosem Arbeiten. »

Dr. Daniel Lampart, Generalsekretär SGB Schweiz

« Wenn man eine Volksinitiative startet, sollte die Finanzierung für diese auch drinstehen. Es ist immer leichter zu nehmen, wenn man übers Geben nicht nachdenken muss. Diese Initiative raubt zuerst der arbeitenden Bevölkerung den Lohn, bevor man dieses Geld mit der Giesskanne wieder verteilt. »

Nationalrat Franz Grüter

Zur Renteninitiative

« Wir leben länger und beziehen somit auch länger eine AHV-Rente. Es sind drei Möglichkeiten, um dies zu regulieren. Steuern erhöhen, Renten kürzen oder länger arbeiten. »

Thomas von Allmen, Präsident Jungfreisinnige LU

« Diese Renteninitiative ist unfair, willkürlich und undemokratisch. Die gut verdienende Bevölkerung geht heute schon früher in den Ruhestand, der Normalverdienende kann sich diese Frühpensionierung jedoch nicht leisten und wird gezwungen, länger zu arbeiten. »

Adrian Wüthrich, Präsident Travail-Suisse

Und so stimmten die Delegierten der SVP Kanton Luzern

03. März 2024
Volksabstimmung: Parolen SVP Kanton Luzern

Kantonale Abstimmung
Wollen Sie dem am 24. Oktober 2023 bewilligten Sonderkredit von 30,3 Millionen Franken für die Erneuerung des Instruktionsgebäudes und den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes des Ausbildungszentrums Sempach zustimmen?

Nationale Abstimmung **JA**
Wollen Sie die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» annehmen?

NEIN
Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» annehmen?

NEIN

An die Urnen! Jede Stimme zählt!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Lust auf Politik?

Öffentliches Referat von Nationalrat Franz Grüter
Podiumsdiskussion mit Marco Frauenknecht (Stadtrat) und Astrid David Müller (Gemeinderätin)

24.2.2024

Stiftung Brändi in Horw
Restaurant RubINETTE, Brändistr. 31, 10:00 Uhr - 12:00 Uhr
Türöffnung 09:45 Uhr. Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen.



AUS DEM KANTONSRAT

Unternehmen müssen wegen der OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent höhere Gewinnsteuern abliefern, was zu jährlichen Mehreinnahmen von etwa 55 Millionen Franken führen soll. Das neue Steuergesetz soll die Firmen und die natürlichen Personen gleichermassen entlasten und den Wirtschaftsstandort in Luzern sichern. Die wesentlichen Änderungen sind:

Die drei bürgerlichen Parteien SVP, FDP und die Mitte haben sich gemeinsam im Kantonsrat für das Steuergesetz eingesetzt.

Kantonsrat Guido Müller verlangte eine Steuersenkung bei der Grundstückgewinnsteuer von 0,4 Einheiten. Die Senkung der Steuereinheit wäre durch die immer höheren Verkaufspreise kompensiert worden. Die Motion wurde abgelehnt.

Fraktionspräsidentin Angela Lüthold-Sidler forderte einen steuerlichen Freibetrag für berufstätige Rentnerinnen und Rentner. Rüstige Pensionierte tragen noch viel zur Volkswirtschaft bei. Sie verfügen

über Fachwissen, welches sonst verloren geht. Das Postulat wurde abgelehnt.

Die SVP unterstützte die Ausbildungs-offensive in der Pflege HF/FH.

- Degressiver Sozialabzug für tiefe Einkommen
- Vereinfachung des Kinderabzuges pauschal pro Kind auf Fr. 8000
- Eigenbetreuungsabzug pro Kind auf Fr. 2000
- Drittbetreuungskostenabzug maximal pro Kind auf Fr. 20 000
- Senkung der Kapitalsteuer
- Erhöhung der Ermässigung von 10 auf 90 % bei den Gewinnen aus den Patenten
- Möglichkeit einer Einführung über Abzüge für Forschung und Entwicklung
- Abgeltung der Steuerentlastungen an die Gemeinden pro Jahr Fr. 26,6 Mio.



UNVERSCHÄMT IST...

... wenn sich ehemalige Bundesräte in die Renten-Debatte einmischen: «Wir wenden uns heute mit ernster Besorgnis an Sie. Es geht um die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Was verlockend klingt, ist brandgefährlich! Um die Rentenlücke zu schliessen, müsste bis 2026 die Mehrwertsteuer um

ein Prozent erhöht werden.» So lautet eine gemeinsam abgefasste Aufforderung von Altbundesräten an die Bevölkerung, «Nein» zur 13. Rente zu sagen.

Was ehemalige Bundesräte ausblenden, was natürlich auch dem Alter geschuldet

sein kann, ist die Tatsache, dass ihre Rente 50 Prozent des Einkommens einer amtierenden Bundesrätin oder eines amtierenden Bundesrats entspricht. Das macht eine monatliche Rente von Fr. 19'000! Und das ein Leben lang!

Roland Staub, Redaktion SVP konkret

Wieso SVP?

1 Moderator, 5 Gäste, viele Fragen!



Gäste:
Marco Frauenknecht, Stadtrat, SVP Kriens
Armin Hartmann, Regierungsrat SVP LU
Vroni Thalman-Bieri, Nationalrätin SVP LU
Marcel Dettling, Nationalrat SVP SZ
Franz Grüter, Nationalrat SVP LU

Moderator:
Reto Brennwald
Talk&Film GmbH, Ex. SRF



Samstag, 16. März 2024
Stadthaus Kriens – Pilatusaal

Tür- / Baröffnung	16.30 Uhr
Politik talk inklusiv Fragerunde	17.30 – 19.30 Uhr
Barbetrieb	19.30 – 22.00 Uhr

Eintritt gratis Öffentlicher Anlass – Alle sind herzlich willkommen!
Plätze begrenzt – Es hed solangs hed!

Liste 1
28.4.2024



Racletteabend

Öffentlicher Anlass



ab 16 Uhr
Führungen
Biogasanlage
Josef Felder

20 Uhr Referat Nationalrätin Vroni Thalman-Bieri

Informativ und gemütlich

Wann: Samstag, 24. Februar 2024
Raclette ab 18.00 Uhr

Wo: Biogasanlage Ebnet

SVP Landw. Kommission Kanton LU



TERMINE

17.02.2024

SVP-Jasscup, Rollhockeyhalle
in Seedorf UR

24.02.2024

Raclette-Abend, Landwirtschafts-
kommission, Biogasanlage Ebnet

03.03.2024

Eidg. und Kant. Abstimmung

16.03.2024

Podium «warum SVP» Stadthaus
Kriens

IMPRESSUM

Das «SVPkonkret» erscheint monatlich und kann unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Konzept:

SVP Kanton Luzern, Redaktion und Layout: Roland Staub,
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern,
sekretariat@svplu.ch